15. März 1971: Information des KGB an das ZK der KPdSU über das Dokument „Die sowjetische Politik gegenüber dem Westen“, vorbereitet vom Auswärtigen Amt der BRD für das deutsch-französische Gipfeltreffen in Paris*

Streng geheim

Aus uns vorliegenden Angaben geht hervor, dass das Auswärtige Amt der BRD vor dem Besuch Brandts in Paris Ende Januar dieses Jahres ein Dokument mit dem Titel „Die sowjetische Politik gegenüber dem Westen“ vorbereitet hat, dessen Inhalt sich wie folgt zusammenfassen lässt:

Die Politik der Sowjetunion gegenüber dem Westen sei mit allen osteuropäischen Ländern abgestimmt; sie ziele auf eine Sicherstellung der Position der UdSSR und ihrer Verbündeten in Europa und auch auf eine umfassendere Nutzung des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzials der westeuropäischen Staaten für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft ab.

Die Sowjetunion sei an der Erzielung von Abkommen mit westeuropäischen Ländern interessiert, die zu einem Abbau der internationalen Spannungen beitragen würden und verfolge im Zusammenhang damit die Absicht, zur Phase von multilateralen Verhandlungen zur Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit überzugehen.

Das Bemühen der Sowjetunion um eine Zusammenarbeit mit westeuropäischen Ländern entspräche den Interessen der Bundesrepublik und würde es dieser erlauben, nicht bloß ihren Beitrag zur Herbeiführung eines Abbaus der internationalen Spannungen zu leisten, sondern auch den Ländern des „Ostblocks“ die Möglichkeit zu nehmen, die BRD des Revanchismus zu bezichtigen.

Der auf der letzten Sitzung des NATO-Rates getroffene Beschluss, dem zufolge man die multilateralen Vorbereitungen der gesamteuropäischen Konferenz erst dann aufnehmen könne, „wenn die Verhandlungen über Berlin erfolgreich abgeschlossen und die Bedingungen für einen günstigen Verlaufe der anderen derzeit geführten Verhandlungen gegeben sind“, komme Westdeutschland gelegen. Eine solche Position des NATO-Rates bedeute, dass man in den „innerdeutschen Verhandlungen“ einen Fortschritt erzielen müsse. Die auf der Sitzung des NATO-Rates am 3. Dezember 1970 getätigte Erklärung Schumanns „fällt nicht zur Gänze mit diesen Forderungen zusammen“, weil dieser mitgeteilt habe, dass eine Regelung über Berlin ebenso einen Fortschritt auf dem Gebiet der „innerdeutschen Beziehungen“ bedeute.

Die sowjetische Position bei den Verhandlungen über Berlin gelte es nicht als „hoffnungslos“ anzusehen. Es entstehe der Eindruck, dass sich die Sowjetunion bereits mit dem Vorhandensein einer politischen Verknüpfung zwischen einer Lösungsfindung für Berlin und der Ratifizierung des Moskauer Vertrages abgefunden habe und auch die Notwendigkeit einer Regelung der Frage Berlin noch vor Aufnahme der multilateralen Vorbereitungen der gesamteuropäischen Konferenz verstehe. Man müsse um eine solche Regelung bemüht sein, weil dieser eine grundlegende Bedeutung zur Herbeiführung einer allgemeinen Entspannung zwischen Ost und West zukomme.

Die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen befänden sich in einer „Übergangsphase“. Es gelte auf die „Zurückhaltung der sowjetischen Informationsorgane“ in Bezug auf die BRD zu verweisen, die bis vor nicht allzu langer Zeit die „Hauptzielscheibe der sowjetischen Propaganda war“. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern würden sich im Rahmen der „durch die Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Systeme“ bedingten Möglichkeiten entwickeln. Dem Abschluss eines Handelsabkommens mit der Sowjetunion könne die Bundesrepublik nur unter der Bedingung einer „zufriedenstellenden Lösung der Frage über die Einbeziehung Berlins in ein solches Abkommen“ zustimmen.

---

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 67–69. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 15. März 1971, Nr. 662-G, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 10619, 15. März 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-e/7.“ Hs.: „25-c/7. Information auf der Rückseite.“

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen seien „eine entscheidende Komponente der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen“. Die UdSSR habe „auf den Vorschlag von Präsident Nixon über einen Übergang von der Konfrontation hin zur Zusammenarbeit keine ausreichend positive Antwort“ erteilt. Einige „sowjetische Aktionen“ (die Verlegung von Raketen in das Gebiet des Suezkanals während der Waffenruhe, „offensichtliche Schritte zur Errichtung eines Marinestützpunktes auf Kuba“, „beträchtliche sowjetische Präsenz auf den Meeren und Ozeanen“) würden zu einer Zuspitzung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen führen.

Die Sowjetunion versuche, die USA aus Europa hinauszudrängen und die westlichen Länder zu spalten. Die negative Haltung der UdSSR in Bezug auf die Europäischen Gemeinschaften und im Besonderen gegenüber der politischen Integration zeuge davon, dass man sich „nach Möglichkeit mit jedem europäischen Land einzeln befassen möchte“. Die Sowjetunion sei der Meinung, dass eine gemeinsam betriebene Politik der westeuropäischen Staaten ihre Position schwächen würde.

Eine sorgfältige Abstimmung der Entspannungspolitik innerhalb der NATO sei überaus wichtig. Das Betreiben einer nicht koordinierten Politik würde die Position Westeuropas gegenüber der Sowjetunion schwächen.

Hinsichtlich einer langfristigen Perspektive nehme die Sowjetunion durchaus realistische Positionen ein, um in Bezug auf die westeuropäische Integration Pragmatismus an den Tag legen zu können. Davon würden die Verhandlungen der UdSSR mit den Benelux-Staaten zeugen, die man gemeinsam und nicht mit jedem Land einzeln geführt habe.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov[1]

[1] Hs. unterzeichnet.